

Klaus Harpprecht

Die Krise Europas – Stellt sich die »deutsche Frage« noch einmal?



Klaus Harpprecht

(* 1927) ist Mit-Herausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei *S. Fischer* erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.

Für die hübsche Formel vom »Fettnäpfchen«, in das getreten wird, ist das französische »mettre les pieds dans le plat« kein gleichwertig origineller Ersatz, aber gemeint ist hier wie dort das taktlose Ungeschick, Empfindungen des Gegenübers zu verletzen oder ihm beim Umgang mit Werten, die ihm wichtig sind, auf die Zehen zu treten, ob vorsätzlich oder aus schierer Torheit. Eine abgehärtete Sorte von Bürokraten hat es darin zu einer gewissen Meisterschaft gebracht – in Deutschland wie in Frankreich.

Gleichviel, wer für den Frevel verantwortlich ist, die Buchhalter des Pariser Außenministeriums oder ihre Kollegen von den Finanzen: Der Beschluss, das Maison de France am Kurfürstendamm in Berlin zu verkaufen, trifft nicht nur die Frankophilen unter den Berlinern hart. Seit 1950, einem frühen Jahr des Aufbaus, gehört es mit seiner klaren, schlichten und dennoch ästhetisch unanfechtbaren Architektur zum Herzen der Stadtlandschaft. Hunderttausende begegneten im »Cinema Paris« den großen Filmen der französischen Klassiker (ob Marcel Carné, René Clair oder Jean Renoir) und der »Nouvelle Vague« (François Truffaut, Jean-Luc Godard, Louis Malle). Viele Zehntausende (zuletzt über 2.000 im Jahr) öffneten sich in den Kursen des Hauses den Zugang zur Sprache und damit zur Kultur des Nachbarn, die den Berlinern in ungezählten Vorträgen, Debatten und Ausstellungen nahe rückte. Mehr als 85.000 ausgeliehene Bücher, DVDs oder CDs registrierte die Mediathek Jahr um Jahr, 200.000 Gäste insgesamt.

Mit Fug und Recht darf gesagt werden, das Maison de France gehöre zu Berlin – nicht ganz, doch fast wie das Brandenburger Tor. Immerhin steht es unter Denkmalschutz. Seine Präsenz war ein politisches Symbol, das nicht weniger zählte als die Amerika-Häuser. Schlimm genug, dass die Stadt mit dem Abzug der Amerikaner, der Auflösung der britischen und der französischen Garnisonen ein bedeutendes Element ihres internationalen Flairs verloren hat. Und nun das Institut français: Nicht nur in Deutschland wird, wenn gesparrt werden muss, zuerst die Kultur geopfert.

Schlimmer noch: Ein geharnischter Protest aus dem Rathaus blieb aus. Auch von der Bundesregierung hörte man kein Wort. Niemand machte auch nur den Versuch, den Sparkommissaren in die Arme zu fallen – obwohl mit dem französischen Kulturhaus ein Stück Europa zum Teufel geht. Vielleicht wollten sich die Bürokraten dafür rächen, dass der notorisch europakritische Bundesbank-Präsident Jens Weidmann Frankreichs Regierung mangelnden Sparwillen vorwarf? Dazu fügt sich die Indiskretion aus dem Wirtschafts-

ministerium, in dem noch zu Zeiten des Rainer Brüderle ein peinliches Papier gefertigt wurde, das Frankreich bescheinigt, es spiele ökonomisch nicht mehr in derselben Klasse wie Deutschland.

Erwachen die »alten Dämonen«?

Diese Hinweise werfen ein böses Licht auf die Degeneration der deutsch-französischen Partnerschaft und damit auf unser europäisches Lebensgefühl. Die Pflicht zur Solidarität wich erschreckend widerstandslos den nationalistischen Ressentiments, nicht nur im geschundenen Griechenland, dessen Rechts- und Linksextremisten auf die Hasskampagnen der *Bild-Zeitung* in gleicher Primitivität mit Nazikarikaturen reagierten. Das mochten Angela Merkel und die Ihren noch gelassen hinnehmen. Immerhin scheinen sie sich nun – eher widerwillig – der Einsicht zu beugen, dass niemandem geholfen ist, wenn sich die schwächeren Partner in der Euro-Gemeinschaft in eine ausgewachsene Depression sparen (und damit auch als Kunden der deutschen Exportmaschine verabschieden). Es braucht, neben der Ausgabenkontrolle, ein solide finanziertes Wachstumsprogramm, wie es der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück vorgeschlagen hat – den Marshall-Plan für Europa –, der den Vorstellungen des französischen Präsidenten eher entspricht als die Bremsermentalität von Angela Merkel, die sich vor der Wahl im September kaum auf Milliarden-Projekte einlassen wird, so sehr sie in Wahrheit den eigenen Interessen entsprechen. Im Geschichtsbewusstsein des Bundesbankpräsidenten und seiner Parteigänger bei den Christdemokraten oder den sogenannten Liberalen scheint die Erinnerung an die amerikanische Generosität der Nachkriegsjahre, die Westeuropa und vor allem den Deutschen auf die Beine half, nicht verankert zu sein.

Seit François Hollande Mitte Mai seine europäische Projektskizze im Elysée-Palast präsentierte, hat sich die brodelnde Wut seiner Genossen über den störischen Nachbarn jenseits des Rheins ein wenig gelegt.

Der Parlamentspräsident Claude Bartolone, der lauthals gefordert hatte, Frankreichs Regierung sollte, wenn nötig, die offene Konfrontation mit den Deutschen riskieren, zog es seit der Intervention des Staatschefs vor, den Mund zu halten. (Es ist in diesem Zusammenhang nicht nebensächlich, dass Bartolone einst die rechte Hand des Außenministers Fabius war, der mit seinem negativen Votum den europäischen Verfassungsentwurf von Giscard d'Estaing scheitern ließ.) Selbst der großmäulige Aufsteiger Arnaud Montebourg von der Linken, der Frau Merkel den Bismarck-Helm aufs Haupt gedrückt hatte, zwang sich zur Zurückhaltung, zur Genüge okkupiert durch die Windmacherei, die er in seinem Fantasie-Ministerium für das »redressement productif« (produktive Belebung) als Nachweis seiner Existenzberechtigung braucht.

Es ist (leider) nicht zufällig, dass sich Frankreichs Sozialisten rascher zu nationalistischen Attacken verführen lassen als die Repräsentanten der Mitte und der moderat Konservativen: Das galt für die Linke von jeher, für die Kommunisten mehr noch als für die Sozialisten – das Erbe der Großen Revolution. Alain Juppé, Premierminister unter Chirac, der nun als Bürgermeister von

»Es braucht, neben der Ausgabenkontrolle, ein solide finanziertes Wachstumsprogramm – den Marshall-Plan für Europa.«

Bordeaux sein Comeback in Paris vorbereitet, warnte denn auch eindringlich vor der »tödlichen Gefahr«, die aus dem Bruch des Vertrauens unter den beiden entscheidenden Partnern der Europäischen Union erwachse. Die kluge Kolumnistin Françoise Fresson schrieb in *Le Monde* von den »alten Dämonen«, die wieder erwachten. In der Tat: Die Angst vor den Deutschen geht wieder um, auch in Frankreich.

Angela Merkel, angeblich die »mächtigste Frau der Welt«, findet bei den Nachbarn jenseits des Rheins Respekt, ja Bewunderung. Geliebt wird sie nicht, eher gefürchtet. Vorbei die freundlichen Zeiten, in denen das Paar Merkozy dank seiner Fähigkeit, nach den heftigsten Kontroversen allemal zu einem Kompromiss zu gelangen, als ein europäischer Glücksfall gefeiert wurde. Die

»Die Angst vor den Deutschen geht wieder um, auch in Frankreich.«

Beziehung zu Sarkozys Nachfolger blieb kühl. Die ungehörige und unkluge Abfuhr, die ihm die Kanzlerin während des Wahlkampfes um die Präsidentschaft zuteil werden ließ (als sie sich weigerte, den sozialistischen Kandidaten zu empfangen) hat Hollande weder vergessen noch verziehen. Auch er unterwirft sich in der Zusammenarbeit dem Diktat der Vernunft – nicht anders als die Chefin in Berlin. Doch selbst wenn er es wollte, könnte er den Verdacht so vieler seiner Landsleute nicht zerstreuen, dass Angela Merkel letztlich immer der radikalen Egozentrik des deutschen Wirtschaftsriesen dient. Das wieder erwachte Misstrauen wird, nicht nur in Frankreich, durch arrogante Gesten und hochnäsige Bemerkungen genährt – es sei nur an die quasi-rassistische Kampagne der *Bild-Zeitung* gegen das angebliche Schmarotzertum der Südländer zu denken. Die taktlos-dümmliche Feststellung des christlich-demokratischen Fraktionsvorstehers Volker Kauder, es werde in Europa wieder deutsch geredet, hat sich ins Gedächtnis gegraben. Die hartnäckige Resistenz des Bundesbankpräsidenten gegen die Rettungsbeschlüsse der Europäischen Zentralbank, ihren Präsidenten und die geschlossene Mehrheit seiner Kollegen, zumal sein Gutachten fürs Verfassungsgericht in Karlsruhe schüren den Zorn der Euro-Hüter. Es ist zu hoffen, dass sich die Damen und Herren in den roten Roben nicht von der eigenen Sorge lenken lassen, mit der sie scheeläugig nach Luxemburg starren, dem Sitz des Europäischen Gerichtshofs, den sie nicht widerspruchslos als übergeordnete, letzte Rechtsinstanz für die Mitglieder der Union akzeptieren wollen. Und was trieb Wolfgang Ischinger, Direktor der Münchner Sicherheitskonferenz, ausgerechnet jetzt dazu an, den Franzosen und Briten aufs Butterbrot zu schmieren, die Deutschen würden sich nicht länger hinter ihnen verstecken, sondern künftig mit gleichem Recht und im gleichen Rang ihr Wörtchen mitreden? Ist bisher nicht jedes Hüstel aus Berlin zur Kenntnis genommen worden? Wuchs nicht der Einfluss der deutschen Regierung, der Wirtschafts- und Finanzkonzerne in allen Bereichen des internationalen Machtspiels ohnedies Jahr um Jahr? Warum stellte sich der prominenteste deutsche Diplomat im Gespräch mit dem *Le Monde*-Korrespondenten in Berlin plötzlich auf die Zehenspitzen, um sich größer zu machen, als er ist? Welcher Komplex meldete sich damit? Oder ist es bloß der deutsche Hang zur Schulmeisterei, die unsere Partner seit langem nervt?

Als müsse noch einmal donnernd auf die Pauke gehauen werden, versuchen die Freien Demokraten, sich mit dem Ruf nach »starkem Geld« – Euro

oder D-Mark? – und nach einem »starken Deutschland« bei der Septemberwahl in den Bundestag zurückzubluffen. Die Nachbarn frösteln, was Brüderle vermutlich völlig egal ist. Als sei dieses Deutschland, auf dem Zenit seiner wirtschaftlichen Superiorität, nicht längst stark genug! Als sei nicht gerade seine dominierende Position eines der Grundprobleme, die auf Europa lasten! Schiebt sich das alte Elend aufs Neue an die Rampe?

»Zu groß« für Europa?

Mit der Etablierung von Bismarcks großpreußischem, kleindeutschem Reich – in Versailles ausgerechnet, um das besiegte Frankreich so sichtbar wie nur möglich zu demütigen – geriet das innereuropäische Gleichgewicht aus den Fugen. Der Deutsche Bund mit den beiden Machtzentren Wien und Berlin hatte es davor halbwegs in der Balance gehalten. Es erwies sich rasch genug, dass der sogenannte deutsche Nationalstaat (der in Wirklichkeit keiner war) »für Europa zu groß, für die Welt zu klein« geriet (wie Gustav Seibt in einer Betrachtung für die *Süddeutsche Zeitung* aus gegebenem Anlass Henry Kissinger zitierte). Der Gründungskanzler selber verstand es, den Frieden durch das komplexe System seiner Bündnisse und geheimen Rückversicherungen für zwei Jahrzehnte zu schützen. Die eigenen Zweifel an der Haltbarkeit seiner Konstruktion konnte er niemals unterdrücken. Seine Nachfolger und der dilettierende Kaiser Wilhelm II. waren dem schwierigen Beziehungsgeflecht nicht gewachsen. Prompt setzte sich der schreckliche Mechanismus in Bewegung, der Europa zweimal zugrunde gerichtet hat: Die militärische Überlegenheit des Kolosses im Herzen des Kontinents legte den Nachbarn nahe, den Riesen durch mächtige Allianzen in Schach zu halten. Der »cauchemar des coalitions« (»Albtraum der Koalitionen«) trieb das (wirtschaftlich blühende) Reich umso tiefer in die Isolation. Schließlich genügte ein Funke, um Europa in Brand zu stecken.

Der Vertrag von Versailles, der die deutsche Potenz ein- für allemal zähmen sollte, weckte bei den Besiegten vor allem jene nationalistischen Ressentiments, die dem österreichischen Hasardeur A.H. seinen Millionenanhang zutrieben. Georges Clemenceau, der »Tiger« (dessen Widerstandsgeist Frankreich im Ersten Weltkrieg bis zur Erschöpfung kämpfen hieß) hatte die harsche, aber realistische Formel in Umlauf gebracht, es gebe einfach 20 Millionen Deutsche zu viel. Die Nazis fütterten mit dem Zitat dieser eher verzweifelten Beobachtung unablässig ihre Propaganda-Maschine: eine willkommene Tarnung des eigenen Vernichtungswillens (der Clemenceau nicht unterstellt werden darf). Der »Führer« der Deutschen wollte den Krieg, von Beginn an, damit sein »Tausendjähriges Reich« »groß genug für die Welt« werde. Sein »totaler Krieg« endete mit dem totalen Fiasko. Die deutsche Gefahr schien für unabsehbare Zeiten gebannt zu sein.

Indes, die Europäer der ersten Stunde sahen voraus, dass Deutschland in der einen oder anderen Weise wieder auferstehen werde. Sie wollten und sie konnten es im Kalten Krieg nicht entbehren, aber sie waren auch nicht geneigt, die Vitalität der 70 Millionen Überlebenden zu unterschätzen. Eines Tages würden sie den Nachbarn wieder über den Kopf wachsen. Nun ist es so weit. Aufs Neue finden sie sich mit der »deutschen Frage« konfrontiert, die 1945 erledigt

zu sein schien. Die Europäer der ersten Stunde – ob Winston Churchill, Jean Monnet, Robert Schuman oder Paul-Henri Spaak – erkannten klar genug, dass es nur eine konstruktive und verlässliche Antwort gebe: die Integration der Deutschen samt ihrer Interessen in die Vereinigten Staaten von Europa.

Der Prozess begann hoffnungsvoll mit der Montan-Union: der Bündelung und gemeinsamen Kontrolle der Grundindustrien. Indes scheiterte er wenig später am Veto der Gaullisten und der französischen Kommunisten gegen die Verteidigungsgemeinschaft. Der Generalpräsident wollte, nach seiner Rückkehr an die Macht im Jahre 1958, die französisch-deutsche Allianz als Achse eines »europäischen Europa« (unter Frankreichs Führung), das sich aus der Abhängigkeit von Amerika lösen sollte. Immerhin wurde durch den Vertrag von Rom der Weg zur wirtschaftlichen Verflechtung geöffnet. Dank der zielbewussten Strategie von Jacques Delors, des Kommissions-Präsidenten, und Frank-

**»Der Koloss gerät
aufs Neue in eine Isolation,
die er sich nicht leisten
kann.«**

reichs Staatschef François Mitterrand wurde durch den Vertrag von Maastricht und die Entscheidung für eine gemeinsame Währung die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem Quasi-Nationalstaat aufgefangen. So teuer die Wiedervereinigung war (und ist): Die größere Bundesrepublik bewies ihre geradezu

berstende wirtschaftliche Potenz. Sie prosperierte, trotz, vielmehr wegen der harten Reformen des Kanzlers Gerhard Schröder. Der Versuch, die Partnerstaaten zu einem ähnlich bitteren Sparprogramm zu überreden, stieß – es war unvermeidlich – an die Grenzen des guten Willens und des Möglichen. Umso erschreckender trat das Bild der deutschen Dominanz zutage. Ungeniert schrieben manche Neo-Nationalisten völlig unverblümt dem »Hegemon« den Führungsanspruch in Europa zu. Die absehbare Konsequenz: Der Koloss gerät aufs Neue in eine Isolation, die er sich nicht leisten kann – und wieder sammeln sich die schwächeren Partner zu einer stillen Allianz: der alte *Cauchemar des coalitions*.

Dem »Ja« muss das »Amen« folgen

Die rettende Alternative lautet: Die Partner, vor allem die Franzosen, wagen endlich den Sprung über den großen Schatten des Nationalstaates, in dem sich die Geschichte, trotz des zähen Aberglaubens, nicht erfüllt. Nirgendwo in der Welt sind die Völker mit ihm glücklich geworden, auch die Franzosen nicht. Es bleibt gar keine andere Wahl: Wir müssen endlich entschlossen mit der Konstruktion eines europäischen Bundesstaates beginnen – oder Europa geht vor die Hunde.

Konsequent verlangen die deutschen Sozialdemokraten in dem ausführlichen Europa-Kapitel ihres Regierungsprogramms, dass die Gewaltenteilung vom Nationalstaat auf die Europäische Union übertragen wird, sie verlangen die Neuformierung der Kommission als eine Regierung, die vom Europäischen Parlament gewählt, kontrolliert wird und auch zum Rücktritt gezwungen werden kann. Überdies die Bildung einer »zweiten Kammer«, die von der SPD (noch) nicht Senat genannt wird. Es wäre zu wünschen, dass in diesem zweiten Haus des Europäischen Bundes jeder Mitgliedsstaat, ob klein oder groß, nach ame-

rikanischem Vorbild durch zwei Repräsentanten vertreten ist. Zunächst braucht Euro-Land eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzregierung – der erste Schritt zur politischen Union, deren Notwendigkeit sich zwingend ergibt. Genügt als Kontroll-Instanz ein Ausschuss des Europäischen Parlamentes, in dem nur die Euro-Länder präsent sind? Oder fordert eine Föderation der Euro-Länder eine eigene Volksvertretung? Für einen europäischen Bund muss ein System des Finanzausgleiches so selbstverständlich werden, wie es für die Bundesrepublik der jährliche Ausgleich der Länder ist. Die Bayern werden aufheulen. Sie werden daran zu erinnern sein, dass ihr Freistaat bis Ende der 80er Jahre ein Empfängerland war.

Um dies und andere Grundprobleme zu klären, fordert die SPD eine Art Verfassungskonvent, der zu definieren hat, welche Entwicklungen und Entscheidungen bei den ausgebeuteten Nationalstaaten besser aufgehoben sind als beim Europäischen Bund. Das ist gewiss: Die wesentlichen Elemente der sogenannten Souveränität müssen bei der Föderation gebündelt werden. Frankreich wird es zweifellos schwer fallen, sich aus dem lähmenden Schatten der nationalstaatlichen Ordnung zu lösen; auch den Erben der schwierigen deutschen Nationalgeschichte wird der Aufbruch nicht leicht werden.

Immerhin nannte ein Ex-Mitglied des Bundesverfassungsgerichtes die Nation mit wolkigem Pathos eine »Schicksalsgemeinschaft«. Und Europa ist keine? Wurde nicht seinen Völkern von Nazi-Deutschland ein gemeinsames Schicksal der Unterwerfung und der ungeheuerlichen Menschenopfer aufgezwungen (von den immensen materiellen Opfern nicht zu reden)? Der Zusammenschluss Europas war die produktive Antwort auf das Diktat des Schicksals durch die Deutschen. Die ersten Schritte zur Föderation und damit zur effektiven Integration der mächtigen Mitte des Kontinentes sind längst getan. Dem »Ja« muss das »Amen« folgen. Anders verliert sich seine Bindungskraft – und die »deutsche Frage« wird Europa erneut überwältigen. Wer kann das wollen? Am wenigsten die Deutschen selber. ■